Beihilfekasse der Stadt Köln

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2011

1. Allgemeines

Geschäftsgrundlage der Beihilfekasse der Stadt Köln ist die Satzung in der jeweils aktuellen Fassung. Im Berichtsjahr waren dies die Fassungen vom 26.04.2005 und vom 25.11.2011.

Wesentlicher Bestandteil der Finanzierung der Kasse sind monatliche Umlagezahlungen, deren Höhe jährlich gleichzeitig mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan der Beihilfekasse durch Ratsbeschluss festgesetzt wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 erfolgte ein entsprechender Beschluss mit folgenden Umlagesätzen:

- 9,01 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte
- 0,08 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte
- 0,12 % für Beihilfen Beschäftigte.

Die Umlagesätze werden von den jeweiligen Dienstbezügen (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung) berechnet.

Gleichzeitig wurde für die Finanzierung von Beihilfen an Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen ein Gesamtbetrag von 20.543.776,00 Euro beschlossen.

2. Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Beihilfekasse erfolgen gemäß § 15 Absatz 2 der oben genannten Satzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

Der für das Wirtschaftsjahr 2011 aufgestellte Jahresabschluss schließt in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Überschuss in Höhe von 2.146.476,52 Euro ab. Da aus dem Jahr 2010 noch ein nicht gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 38.874,69 Euro offen ist, beträgt der in der Bilanz 2011 ausgewiesene Eigenkapitalbetrag 2.107.601,83 Euro.

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die Abweichungen gegenüber dem Erfolgsplan 2011 erkennbar.

	Ergebnis 2011 ger. Euro	Erfolgsplan 2011 ger. Euro	Abweichung ger. Euro
Umlagen	35.659.751	35.583.407	76.344
Andere satzungsmäßige und sonstige betriebliche Erträge	695.615	535.592	160.023
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.881	17.500	13.381
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0
	36.386.247	36.136.499	249.748

Beihilfeaufwendungen	32.058.402	33.958.554	-1.900.152
Personalaufwand	1.614.648	1.608.981	5.667
Abschreibungen	21.027	12.242	8.785
Sonstige betriebliche Aufwendungen	545.693	556.722	-14.029
	<u>34.239.770</u>	<u>36.136.499</u>	<u>-1.899.729</u>
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	2.146.477	0	2.146.477

Die Beihilfezahlungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie die Rückzahlungen zurückgeforderter überzahlter Beihilfen von Lehrerinnen und Lehrern werden vollständig vom Land NRW erstattet beziehungsweise mit diesem verrechnet. Die Rückzahlungen zurückgeforderter überzahlter Beihilfen von Beihilfeberechtigten selbstzahlender Eigenbetriebe, Sondervermögen und Eigengesellschaften werden an die auszahlenden Stellen zurückgeführt. Diese Abwicklung für fremde Rechnung ist daher als durchlaufender Posten nicht in der Übersicht enthalten.

Die tatsächlich entstandenen Beihilfeaufwendungen unterschreiten den im Erfolgsplan kalkulierten Gesamtansatz um rund 1,9 Mio. Euro. Bei den Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entstanden gegenüber dem kalkulierten Ansatz um 818.497 Euro geringere Aufwendungen. Die Beihilfen für aktive Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte lagen um 1.081.655 Euro unter dem kalkulierten Ansatz.

Die Entwicklung von Beihilfeaufwendungen ist aus der Sachnatur heraus nur bis zu einem bestimmten Grad vorab kalkulierbar, da das entstehende Kostenvolumen letztlich durch den Eintritt beziehungsweise den Verlauf von Krankheitsfällen bedingt wird. Im Wirtschaftsplan wurde eine moderate Kostensteigerung, die die durchschnittliche Steigerung der Beihilfeaufwendungen in den vergangenen Jahren berücksichtigt, einkalkuliert und dem bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans erwarteten Beihilfevolumen des Jahres 2011 hinzugerechnet. Zur Deckung der erwarteten Kosten wurden die Höhen der Beihilfeumlagesätze für das Jahr 2011 entsprechend angepasst. Eine Änderung in der Praxis der Gewährung der Beihilfe hat nicht stattgefunden.

Der Mehrertrag bei den Umlagen für aktive Beamte und Beschäftigte in Höhe von 76.344 Euro ist auf Veränderungen beim städtischen Personalbestand beziehungsweise bei den städtischen Besoldungen und Gehältern zurückzuführen, welche die Grundlage für die von der Stadt monatlich gezahlten Umlagen bilden. Diese Veränderungen gehen über die zum jährlichen Wirtschaftsplan einkalkulierbaren gesetzlichen Besoldungserhöhungen und tariflichen Gehaltserhöhungen sowie sonstigen Erhöhungen aufgrund zum Beispiel von Beförderungen und Altersstufensteigerungen hinaus. Sie sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans weder konkret vorhersehbar noch eindeutig kalkulierbar.

Die Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge fallen gegenüber dem im Erfolgsplan kalkulierten Ansatz trotz des erzielten Überschusses nur um 13.381 Euro höher aus, weil aufgrund des absehbaren Überschusses zwecks allgemeiner Entlastung des städtischen Haushaltes im Jahr 2011 auf Umlagezahlungen in Höhe von ca. 1,7 Mio. Euro verzichtet worden ist. Damit wurde die aufgebaute Liquidität begrenzt. Soweit Liquidität vorhanden war, wurde diese mangels bestehender und genehmigter Richtlinien für die Kapitalanlage auf dem Girokonto bei der Sparkasse KölnBonn vorgehalten. Die Verzinsung des Guthabens betrug während des gesamten Jahres 1,00 Prozent. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wären Tagesbeziehungsweise Termingeldanlagen auf dem Markt zu einem höheren Zinssatz nicht möglich gewesen.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außer den Aufwendungen für Bürobedarf, Kommunikation und Dienstleistungen, Gebäudemieten auch Aufwendungen für EDV. Hier ist gegenüber dem Wirtschaftsplan ein Wenigeraufwand von über 25.700 Euro entstanden, so dass trotz geringfügiger Steigerungen in den anderen Bereichen der Gesamtbetrag der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen den im Erfolgsplan ausgewiesenen Betrag immer noch um etwa 14.000 Euro unterschreitet.

3. Personalaufwand

Zum Stand 31.12.2011 waren bei der Beihilfekasse insgesamt 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, davon 12 in Teilzeit.

Im zentralen Bereich der Dienststelle 1100 nehmen darüber hinaus 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben Aufgaben für die Zusatzversorgungskasse auch solche für die Beihilfekasse wahr.

Unter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigungen und der Beschäftigungsanteile im zentralen Bereich der Dienststelle 1100 ergibt sich umgerechnet auf Vollzeitstellen zum 31.12.2011 ein Beschäftigtenstand (Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte, ohne Auszubildende) von 31,39. Dies sind 0,98 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte weniger als zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres.

Die Personalaufwendungen werden durch das Personalamt der Stadt Köln ausgezahlt. Die Beihilfekasse erstattet dem Personalamt die Aufwendungen in entsprechender Höhe.

Der Personalaufwand beinhaltet den Zuführungsaufwand 2011 für die Personalarückstellungen in Höhe von 246.455 Euro. Eine Sonderzahlung der Stadt Köln in entsprechender Höhe (Erträge aus Verlustübernahme) steht dem seit 2010 nicht mehr gegenüber.

Die gesamten Personalkosten sind gegenüber dem Erfolgsplan um rund 5.667 Euro höher ausgefallen.

4. Voraussichtliche Entwicklung

Wie zu erwarten war, hat sich auch im Kalenderjahr 2011 eine Steigerung bei den Beihilfenausgaben ergeben. Diese ist allerdings mit insgesamt 0,9 Millionen Euro trotz leicht gestiegener Antragszahlen moderat ausgefallen.

Die im Jahr 2011 noch offenen vergaberechtlichen Fragestellungen zur Einführung des innovativen Abrechnungsverfahrens BeihilfeNRWplus konnten geklärt werden. Dem Einsatz des Verfahrens hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung vom März 2012 zugestimmt. Die Produktivsetzung ist am 18. Juni 2012 erfolgreich erfolgt. Mit dem Verfahren werden alle ab Ende Mai 2012 eingegangenen Beihilfeanträge bearbeitet. Die Umsetzung des AMNOG kann mit der Einführung des Verfahrens weitgehend automatisiert abgewickelt werden.

Eine weitere wesentliche Veränderung ist der geplante Umzug der Beihilfekasse in das Jakordenhaus. Dieser ist für Juli 2012 vorgesehen. Die Räumlichkeiten in dem zum Eigentum der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln gehörenden Jakordenhaus sind aufgrund von Veränderungen bei der Betriebskrankenkasse der Stadt Köln im Laufe des Jahres 2011 freigegeben und wurden von der Dienststelle 1100 mit Wirkung zum 01.07.2012 von dieser aus dem bestehenden Mietvertrag zurückgenommen. Mit dem Umzug kann die Dienststelle in einem Gebäude zusammen gefasst und damit deutliche organisatorische Vorteile erzielt werden. Darüber hinaus kann die benötigte Fläche aufgrund der mit BeihilfeNRWplus verbundenen Einführung der elektronischen Akte und des damit reduzierten Raumbedarfs sowie der Nutzung von Synergien innerhalb der Dienststellen um etwa 1/3 reduziert werden. Aufgrund dessen sind mit der Maßnahme für die Dienststelle 1100 dauerhaft Einsparungen

in Höhe von rund 80.000 Euro jährlich realisierbar. Hiervon entfallen ca. 60.000 Euro auf die Beihilfekasse. Vorgesehen ist, dass die Beihilfekasse ihre Möbel gegen eine entsprechende Kostenerstattung an den Nachmieter in der Rheingasse abgibt. Da die Neuausstattung im Jakordenhaus wegen des mit der Einführung der elektronischen Akte deutlich sinkenden Bedarfs an Mobiliar mit geringeren Kosten verbunden ist als die bisherige Ausstattung, ist der Umzug für die Beihilfekasse nahezu kostenneutral. Die genannten Einsparungen werden daher bereits mit dem Umzug in voller Höhe realisiert.

Köln, den 22.06.2011

Blaeser
Geschäftsführer